

Antragsteller*innen: BO Sonne

Änderungsantrag zum Bezirkswahlprogramm “Niemals alleine, immer gemeinsam! Für ein soziales, solidarisches und friedliches Neukölln”

Die Mitgliederversammlung der Linken Neukölln möge beschließen:

1) Nach Zeile 542 wird eingefügt:

“Rückbau und Verbot von defensiver Architektur im öffentlichen Raum”

2) Zeile 774-776 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut:

“Bei solchen Projekten ist es zentral, dass sie rassismuskritisch arbeiten, so dass alle Jugendlichen sich in Neukölln willkommen und verstanden fühlen.”

wird ersatzlos gestrichen.

Begründung: Die Formulierung suggeriert, dass Jugendliche mit Rassismuserfahrung die Haupt-Zielgruppe sind. Dadurch wird der Pauschalverdacht, der eigentlich entkräftet werden sollte, eher verstärkt.

3) Zeile 777 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut:

“Wir setzen uns gegen Abbau und Verdrängung von queeren Infrastrukturen wie Jugendclubs, Veranstaltungsräumen, Beratungsangeboten und Safer Spaces ein und wollen diese Orte und Einrichtungen fördern”

wird geändert in:

“Neukölln ist einer der queersten Bezirke Berlins. Wir sorgen dafür, dass das so bleibt. Wir setzen uns gegen Abbau und Verdrängung von queeren Infrastrukturen wie Jugendclubs, Veranstaltungsräumen, Beratungsangeboten und Safer Spaces ein und wollen diese Orte und Einrichtungen fördern”

4) Zeile 852-860 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut:

“Seit dem 7. Oktober 2023 und dem genozidalen Vorgehen der israelischen Armee gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in Gaza findet in Berlin und in Neukölln eine massive Repression gegen die große palästinensische Gemeinschaft und die palästinasolidarische Bewegung statt. Die Linke Neukölln hat sich konsequent gegen die Repression der palästinensischen Community und die Kriminalisierung der Proteste gegen die israelische Besatzung und Kriegsführung gestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bezirksamt Neukölln die Unterstützung von geschichtsverfälschenden Projekten z.B. durch die Bewerbung der Broschüre „Mythos1948Israel“ an Neuköllner Schulen einstellt, in der behauptet wird, wer Israel Landraub vorwerfe, handle aus antisemitischen Motiven.”

wird geändert in:

“Die anhaltenden Repressionen und die brutale Polizeigewalt gegen die palästinensische Community und die Palästina-Bewegung geben weiterhin Anlass zur Sorge. Zunehmend geraten Räume unter Druck, die palästinasolidarische Veranstaltungen ermöglichen. So musste die Neuköllner Kunst- und Kultureinrichtung Oyoun schließen, nachdem der Berliner Senat die Förderung eingestellt und den Mietvertrag nicht verlängert hat. Das ist ein Zustand, den wir nicht akzeptieren. Neukölln lebt davon, dass alle Communities sichtbar sind und aktiv an Politik, Kultur, Wirtschaft und Verwaltung teilhaben können. Die Linke Neukölln hat sich konsequent gegen die Repression der palästinensischen Community und die Kriminalisierung der Proteste gegen den Genozid sowie die israelische Besatzung gestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bezirksamt Neukölln die Unterstützung von geschichtsverfälschenden Projekten z.B. durch die Bewerbung der Broschüre „Mythos1948Israel“ an Neuköllner Schulen einstellt, in der behauptet wird, wer Israel Landraub vorwerfe, handle aus antisemitischen Motiven.”

5) Zeile 862-874 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut:

“Der Kampf gegen Rechts beginnt in Neukölln bei der CDU. Deren Bürgermeisterkandidat Gerrit Kringel war Mitglied in dem von Neonazi Thomas Schirmer gegründeten Fußballverein BSG Elektro Krause. Bis heute hat er sich nicht von dieser Verbindung distanziert. Die CDU Neukölln hat ihre Verbindungen ins Neonazi-Milieu bis heute nicht aufgearbeitet.

Bundesweit entwickelt sich die AfD zu einer faschistischen Partei. Im Gefolge der AfD dringen rechtsextreme Jugendgruppen in die Berliner Randgebiete vor und verbreiten dort Hetze und Gewalt. Im Kampf gegen Nazis wirbt Die Linke Neukölln für breite Bündnisse mit dem Ziel, sich rassistischen und nationalistischen Aufmärschen und

Veranstaltungen entgegenzustellen. Dabei unterstützen wir aktiv antifaschistische Bündnisse und Initiativen wie ‚Widersetzen‘ als Bezirksverband und setzen uns für die bezirkliche Förderung von aufklärenden Broschüren und Bildungsprojekten gegen rechts ein.

wird geändert in:

“Bundesweit entwickelt sich die AfD zu einer faschistischen Partei. Im Gefolge der AfD und organisierten Neonazi Gruppen dringen rechtsextreme Jugendgruppen in die Berliner Randgebiete vor und verbreiten dort Hetze und Gewalt. Im Kampf gegen Nazis wirbt Die Linke Neukölln für breite Bündnisse mit dem Ziel, sich rassistischen und nationalistischen Aufmärschen, Veranstaltungen und Anschlägen entgegenzustellen. Die AfD muss mit allen Mitteln des zivilen Ungehorsams bekämpft werden und die Linke Neukölln schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD grundsätzlich aus. Dabei unterstützen wir aktiv antifaschistische Bündnisse und Initiativen wie ‚Widersetzen‘ als Bezirksverband und setzen uns für die bezirkliche Förderung von aufklärenden Broschüren und Bildungsprojekten gegen rechts ein. Wir gehen gemeinsam auf die Barrikaden gegen Faschismus!

Der Kampf gegen Rechts beginnt dabei in Neukölln bei der CDU. Deren Bürgermeisterkandidat Gerrit Kringel war Mitglied in dem von Neonazi Thomas Schirmer gegründeten Fußballverein BSG Elektro Krause. Bis heute hat er sich nicht von dieser Verbindung distanziert. Die CDU Neukölln hat ihre Verbindungen ins Neonazi-Milieu bis heute nicht aufgearbeitet und übernimmt weiterhin Positionen und Narrative der AfD.”

6) Zeile 784-793 wird wie folgt geändert:

Der bisherige Wortlaut:

“Menschen, die nach einer Flucht in Berlin ankommen, sollten so schnell wie möglich in eine eigene Wohnung vermittelt werden. Aufgrund des Mangels an bezahlbaren Wohnungen und fehlendem politischen Willen müssen aber selbst anerkannte Asylbewerbende häufig jahrelang in Sammelunterkünften ausharren. Wir wollen, dass sich Neukölln gerecht an der Versorgung und Unterbringung dieser Menschen beteiligt. Deswegen unterstützen wir die Bestrebungen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten, Menschen aus den Sammelunterkünften in Tegel und Tempelhof dezentral in den Bezirken unterzubringen. Wir setzen uns dafür ein, dass an den Standorten die soziale Infrastruktur aus Kitas, Schulen und Jugendfreizeitangeboten wie auch die Anbindung durch den ÖPNV verbessert wird.”

wird geändert in:

“Die Linke Neukölln setzt sich für dezentrale Unterbringung von geflüchteten Menschen ein. Dass selbst anerkannte Asylbewerbende häufig jahrelang in Sammelunterkünften oder Hostels ausharren, darf nicht weiter normalisiert und hingenommen werden. Migrationspolitik ist auch Wohnungspolitik. Wir wollen, dass sich Neukölln gerecht an der Versorgung und Unterbringung dieser Menschen beteiligt. Deswegen unterstützen wir die Bestrebungen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten, Menschen aus den Sammelunterkünften in Tegel und Tempelhof dezentral in den Bezirken unterzubringen und darüber hinaus die

Vermittlung in regulären Wohnraum zu priorisieren. Die soziale Infrastruktur aus Kitas, Schulen und Jugendfreizeitangeboten wie auch die Anbindung durch den ÖPNV betrifft Geflüchtete wie auch Alteingesessene. Wir setzen uns für einen Ausbau und Sicherung von Angeboten für alle ein, vor allem in strukturell unterversorgten Bezirksteilen. Nicht zuletzt setzen wir uns für eine diversitäts- und diskriminierungssensible und mehrsprachige Öffnung der Regelangebote in Neukölln ein. Beratungsangebote für Asylsuchende und Migrant*innen dürfen nicht dem Zeitgeist und Kürzungsdruck zum Opfer fallen. Migration und Flucht sind keine zeitlich begrenzten Phänomene und Angebote aus diesem Bereich dürfen entsprechend auch nicht zeitlich begrenzt gefördert werden. Die Linke Neukölln setzt sich ein für eine Stadt für Alle, in der Berliner*innen frei von Angst vor Abschiebungen, Ausgrenzung und behördlicher Willkür zusammenleben.“

Begründungen:

erfolgen mündlich